

Die „Kreuzzeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags Sonntag und Feiertagen ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei Irrer Zahlung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.— im voraus zahlbar. Für Vorkosten werden sämtliche Gebühren und Steuern einbezogen. Unter Erschreiben bezogen für Ausland, Fernpost, das Porto und Fremdwährungen sowie die üblichen deutschen Gebühren und Steuern M. 22.— für das übrige Ausland M. 30.—

Die gesteuerte Korrespondenz über den Namen kostet 1.— M. einschließlich Interaktion. Klein-Konten Das eingetragene Wort 2.— M. des weiteren Wort 1,50 M. einschließlich Interaktion. Veränd. Bezugs zum Tarif Familien-Konten und Stillschreibungen 2,75 M. netto pro Seite. Stellen-Angebote in Wort-Zeilen: das eingetragene Wort 1,50 M. des weiteren Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# G r e i l e

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Wo treiben wir hin?

### Gefährliches Zaudern

In einem Aufsatz, den die „Kreuzzeitung“ über die „Krisis“ bringt, finden sich Feststellungen, denen wir ohne weiteres zustimmen können. So schreibt das Blatt u. a.:

Nicht nur das Erscheinen der Reparationskommission hat zu dem Herannahen der Katastrophe beigetragen, sondern vor allem die ganze wirtschaftliche und finanzielle Lage hat sich in den letzten Wochen so katastrophal gestaltet. Die Teuerung macht rasende Fortschritte. Es steht zu befürchten, daß die eben erst gewährten Gehalts- und Lohn-erhöhungen wieder durch neue abgelöst werden. Rohstoffe werden bei dem Tiefstand der Welt aus dem Ausland überhaupt nicht mehr zu beschaffen sein. Wenn also die Vorräte aufgebraucht sind, steht auch der Stillstand vieler Fabriken mit allen seinen Folgen in Aussicht.

Das deutsch-nationale Organ findet es erklärlich, daß auf dem so geschaffenen Boden eine neue Revolutionsstimmung hervorwache. Auch darin geben wir ihm recht, und nicht minder sind wir geneigt, ihm beizupflichten, wenn es der Regierung vorwirft, daß sie nicht ohne Schuld an dieser Entwicklung der Dinge sei. Nur gehen freilich unsere Anklagen gegen die Regierung von wesentlich anderen Voraussetzungen aus, als die der „Kreuzzeitung“. Wir finden nicht wie diese die Wurzel des gegenwärtigen Übels in dem christlichen Bestreben, den Forderungen des Ultimatum zu entsprechen. Wir sind im Gegenteil der Überzeugung, daß die Lage des deutschen Volkes noch viel trauriger wäre, wenn die deutsche Politik sich nach den Vorschlägen der Helferei und Genossen orientiert hätte, aber wir verurteilen das Zaudern des Kabinetts nicht bei der Ergrüfung von Maßregeln, die von innen heraus eine Besserung der Situation herbeiführen könnten.

Man erinnere sich nur daran, wie ungebührlich die Verzögerung des Devisenhandels verschleppt worden ist. Hätte sie unmittelbar nach der Unterzeichnung des Londoner Ultimatum eingeleitet, so wären manche Ausschreitungen der Spekulation verhindert worden. Die Gestaltung des Börsengeschäfts in der letzten Woche beweist das.

Weit wichtiger jedoch ist das Versagen auf steuerlichem Gebiet. Vorklagen sind eingebracht, die das innere und äußere

Defizit bei weitem nicht decken. Die Unmöglichkeit, mit ihrer Hilfe den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, drückt auf den Kurs der Mark. Die Notwendigkeit, die ständig wachsenden Bedürfnisse des Staates immer wieder mit Papiergeld zu befriedigen, entwertet unser Geld noch mehr. Die Preise steigen ins Ungemessene, und der Ausverkauf, der ebenso auf die Panikstimmung der deutschen Konsumenten wie auf das Drängen der Ausländer nach billigen Waren zurückgeht, läßt immer mehr Gegenstände fast völlig vom Markt verschwinden.

Längst wäre es notwendig gewesen, die sofortige Durchführung einer Reihe von Feuerlichen Notgesetzen zu betreiben, durch die der Fehlbetrag im Staatshaushalt zum mindesten stark verringert werden könnte. Längst hätte man vor allem die Goldwerte der Industrie zur Erfüllung unserer Verpflichtungen heranziehen müssen. Statt dessen läßt man den Steuerauschuß die Generaldebatte über die Finanzvorlage eröffnen, als ob wir unter durchaus normalen Verhältnissen lebten. Statt dessen verlor man die kostbare Zeit in Verhandlungen mit den hinterhältigen Vertretern des Reichsverbandes der Industriellen.

Auf welchem Punkte halten diese Besprechungen überhaupt? Das erste Angebot ist abgelehnt, weil seine Bedingungen dem Kabinetts unerträglich erschienen. Ein zweites ist gemacht worden, von dem wir nur durch unkontrollierbare Andeutungen in der Presse etwas wissen. Seine Einzelheiten sind uns nicht bekannt, und nun wird eben durch die Stinnesche Telegraphen-Union, die kürzlich versicherte, es habe sich an den alten Bedingungen nichts geändert, die verdächtige Nachricht verbreitet, daß sich beide Teile, Regierung sowohl wie Industrie, zum Stillschweigen über seinen Inhalt verpflichtet hätten. Es wird also hinter den Kulissen weiter getuschelt, und solange diese Vertraulichkeit anhält, ist natürlich kein Gedanke daran, daß irgend etwas Ernsthaftes geschieht, um das Großkapital zum Zuhlen zu zwingen.

Wozu die Regierung nicht, wie sie an der Nase herumgeführt wird, und erkennt sie nicht die Gefahren, die ihr Zögern in sich birgt? Der unheilvollen wirtschaftlichen Entwicklung wird kein Einhalt getan. Die Unruhe der Massen wächst. Es wird immer schwerer werden, sie an unbesonnenen Schritten zu hindern, und wenn es tatsächlich Elemente geben sollte, die tödliche Putschinjektionen möchten, so ist die Politik des unschlüssigen Abwartens ihre beste Bundesgenossin.

wägungen von dieser Linie abgewichen wird. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird jedenfalls diese gerade Linie einhalten und sich von ihr weder nach rechts noch nach links abdrängen lassen.

### Es lebe der Partikularismus

#### Bayerische Angriffe gegen Kadbruch

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 21. November. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nehmen zu der Reichstagsrede des Reichsjustizministers Kadbruch über den Strafvollzug in Bayern Stellung und schreiben dazu:

„Vermutlich sind es auch noch andere als politische Gründe, die Herrn Kadbruch zur Vorsicht mahnen. Von Bayern darf er getrost sein, daß nichts von all dem, was er glaubt, ankündigen zu wollen, jemals geschehen wird. Der alleräußerste Widerstand für derartige Ueberrriffe wird sofort einsehen und von der breitesten Front der Bevölkerung getragen sein.“

Zur Erklärung des Reichsjustizministers Kadbruch über die Gefangenenanstalt Niederschönenfeld, bemerkt die „Bayerische Staatszeitung“: „Es wird die dringende Aufgabe der bayerischen Staatsregierung sein, in Berlin unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß die bayerische Regierung bei allem Bestreben, mit der Reichsregierung im besten Einvernehmen zu bleiben, an ihrer Jurisdiktion nicht rütteln läßt. Diese Vorkommnisse sind nach der Reihe des Ministerpräsidenten um so auffälliger, als jetzt auch nach der Reichstag einen Ausschuß einsetzte, der die unhaltbaren Zustände in den Strafanstalten untersuchen soll. Es wird auch hier die Aufgabe der Landesregierungen sein, darüber zu wachen, daß die Tätigkeit dieses Ausschusses nicht in die Verwaltungshoheit der Länder eingreift.“

### Die Heher „beurlauben“ sich

Aus der Deutschnationalen Volkspartei wird der „Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz“ mitgeteilt, daß sich der bekannte nationalistiche Heher Oberst von Kplander von seiner politischen Tätigkeit zu Studienzwecken „beurlauben“ ließ. Manche eingeweihte Kreise behaupten, daß dieser Urlaub auch darauf zurückzuführen sei, daß Kplander allmählich auch der Deutschnationalen Volkspartei unangehehm zu werden beginne. Jedenfalls bedeute, so meint die „Südd. Demok. Korr.“, die Ausscheidung Kplanders für das politische Leben Bayerns einen Gewinn. Vor wenigen Tagen habe auch der Vorsitzende der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) in Augsburg, Oberstleutnant von Schleich seine Parteilämter niedergelegt und sich vom Parteileben zurückgezogen.

## Der „neue Kurs“ in Sowjet-Rußland

II.

Mit furchtbarer Deutlichkeit legt Lenin jetzt dar, daß in Rußland noch alle Voraussetzungen des proletarischen Sozialismus fehlen, vor allem seine erste Voraussetzung, die Existenz eines modernen Proletariats. In seiner Rede auf dem Kongreß der „Organisation für politische Aufklärung“ sagte Lenin:

Es steht fest, daß, wenn der Kapitalismus gewinnen wird, mit ihm zugleich der industrielle Aufbau wachen, das heißt das Proletariat sich verstärken wird. Die Kapitalisten werden zwar von unserer Politik ihren Gewinn gewinnen. Doch werden sie gleichzeitig das industrielle Proletariat schaffen, das bei uns infolge des Krieges, der furchtbaren Vernichtung und Vorklassierung aus seiner Klassenbahn entgleiste und als Proletariat zu existieren aufhörte. Als Proletariat wird die Klasse bezeichnet, welche mit der Produktion von Güterwerten in den Unternehmungen der großen kapitalistischen Industrie beschäftigt ist. Sofern die Fabriken und Betriebe stillgelegt sind, ist auch das Proletariat verschwunden. Zwar wurde seine Existenz noch formell anerkannt, aber sie wurzelte nicht in der Wirtschaft.

Wenn der Kapitalismus wieder hergestellt sein wird, wird logischerweise auch die Proletarierklasse wieder hergestellt sein, die ja mit der Produktion der Güterwerte, die für die Gesellschaft notwendig sind, beschäftigt ist. Sie wird sich dann nicht mehr mit dem Kettenhandel abgeben, nicht mehr mit der Erzeugung von Fälschungen zum Verkauf und sonstiger „Arbeit“ von der Art, die zwar nicht sehr nützlich ist, die aber durch den Verfall unserer Industrie notwendig bedingt wurde.

Und Lenin zieht daraus den Schluss:

Neben euch werdet ihr die Kapitalisten finden und auch ausländische Kapitalisten und Konzessionäre, die Hunderte von Prozenten Gewinn herauschlagen und sich bei euch bereichern werden. Mühen sie sich bereichern! Ihr sollt aber bei ihnen lernen, und erst dann werdet ihr imstande sein, die kommunistische Republik anzubauen!

Es ist das Bekenntnis, daß Rußland erst durch den Kapitalismus hindurchgehen muß, um die Voraussetzungen einer wirklichen sozialistischen Revolution, die Existenz eines hinreichend zahlreichen und hinreichend geschulten Proletariats zu entwickeln. Es ist das Bekenntnis, daß das objektive Resultat der russischen Revolution nichts anderes sein kann als die Entwicklung des russischen Kapitalismus auf der durch die Revolution vorbereiteten und von den feudalen Fesseln befreiten Bauernbasis. Damit erkennt die Diktatur sich selbst als eine Phase einer bürgerlichen Revolution. Die kommunistische Ideologie ist zerstört. Die „Phrasen und Einbildungen“ sind zerrissen. Die Realität der russischen Revolution ist in ihrem „neuen Kurs“ sichtbar geworden.

Die reale Praxis des „neuen Kurses“ ist der Wiederaufbau einer kapitalistischen Wirtschaft. Aber den Wiederaufbau des Kapitalismus glaubt er vollziehen zu können unter der „Diktatur des Proletariats“. Das ist immer noch Illusion, immer noch Utopie. Im Herbst 1917 waren es wirklich Proletariatsmassen, die die Koalitionsregierung stürzten, die Kapitalisten aus den Betrieben vertrieben, die Ernte in den Dörfern mit bewaffneter Hand requirierten. In den vier Jahren der Sowjetherrschaft aber hat sich das Proletariat aufgelöst. Die besten Männer des Proletariats sind gefallen in den Schlächten des Bürgerkrieges oder sie sind zu Bureaufraßen in den Sowjetämtern, zu Soldaten der Roten Armee geworden. Die anderen wurden, wie es Lenin schildert, unter dem Druck der Not zu Schleichhändlern und Straßverkäufern oder sie sind in das Dorf zurückgeholt und haben sich dort auf dem Gutsherren entriessenen Boden in die Bauern rückverwandelt. Die in den Fabriken geblieben sind, sind längst keine gesellschaftliche Macht mehr. Welche Illusion, diese „Diktatur des Proletariats“, wo, wie Lenin sagt, „das industrielle Proletariat als Proletariat zu existieren aufhörte“, wo nach seinen Worten „das Proletariat verschwunden“ ist! Die kommunistische Parteidiktatur, im Herbst 1917 wirklich die politische Ausdrucksform der Diktatur des Proletariats, schießt sich jetzt, nach der Auflösung des Proletariats, auf keine kraftvolle Klasse der Gesellschaft mehr. Die Diktatur besteht trotzdem weiter. Aber ihr Bestand ist jetzt zum Hindernis der geschichtlichen Aufgabe geworden, vor die nach ihrer eigenen Ueberzeugung Rußland jetzt gestellt ist. Im Herbst 1917 war die Diktatur notwendig; denn nur sie konnte die gewaltige Agrarrevolution vollziehen, die feudalen Fesseln, an die der russische Bauer geklemmt war, brechen. In den Jahren 1918 bis 1920 war die Diktatur notwendig; denn nur sie konnte die Kräfte des russischen Volkes zum Kampfe gegen die Konterrevolution zusammenschließen, nur sie den Bürgerkrieg siegreich durchkämpfen und dadurch die Errungenschaften der Agrarrevolution sichern. Jetzt aber steht Rußland vor einer ganz anderen Aufgabe. Der Wiederaufbau einer kapitalistischen Partei erfolgen. Der „neue Kurs“ in der Volkswirtschaft erheischt einen neuen Kurs in der Politik.

Der russische Bauer braucht Geräte, die russische Industrie Maschinen, die russischen Eisenbahnen brauchen Lokomotiven.

## Die gerade Linie

Die rechtsstehende Presse will wieder einmal dem guten Käse einen neuen Schein einlagern. Da wird allerlei erzählt von bevorstehenden kommunistischen Aktionen, Generalstreikplänen und Ausschreitungen. Wir haben gestern bereits gesagt, daß solche Einzelaktionen, falls sie geplant sein sollten, nur schädlich wären und daß insbesondere die Unabhängige Sozialdemokratie sie nicht nur nicht unterstützen, sondern ihnen mit aller Schärfe entgegenzutreten würde. Aber auf der anderen Seite wäre es viel nützlich, wenn die Herrschaften der großen Erzeugung, die in den breiten Massen unlegbar vorhanden ist, sehr ernste Beachtung schenken würden. Sie täten gut daran, insbesondere nicht zu übersehen, daß die Teuerung in den letzten Wochen so rapide Fortschritte gemacht hat, daß man sich in Arbeiterfamilien wirklich nicht mehr Rat weiß. Anstatt aber endlich das Notwendige zu tun und die mächtigen Forderungen, die die Gewerkschaften und Parteien aufgestellt haben, zu erfüllen, läßt man noch ganz überflüssigerweise sich politischen Jähzorn anhäufen.

Wir veröffentlichten an anderer Stelle den Bericht des Genossen Rosenfeld über die Vorhänge in Dichtburg. Der Bericht zeigt sehr deutlich, daß bei frühzeitigem und geschicktem Eingreifen die Zuspitzung hätte vermieden werden können. Wenn die Erzeugung insbesondere auch in der Berliner Arbeiterschaft über die Behandlung der politischen Gefangenen so groß geworden ist, so gerade deshalb, weil bei der Beratung im Reichstag auf die sehr begreiflichen Gefühle der Arbeiterschaft keine Rücksicht genommen worden ist. Es war zum mindesten sehr ungeschickt, die Wahrung der Staatsautorität in diesem Momente in den Vordergrund zu rücken, anstatt der Forderung derjenigen Maßnahmen, die dann nach Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ergriffen wurden. Deshalb hat der „Vorwärts“ auch vollständig unrecht, wenn er davon spricht, daß die Einigkeit des Proletariats von der Unabhängigen Sozialdemokratie gefährdet wurde, weil sie gegen die Ausführungen des Justizministers Stellung genommen hätte. Der „Vorwärts“ weiß sehr wohl, daß nicht unser Eintreten für die politischen Gefangenen, sondern der Görlicher Beschluß und seine Bewirkung in Preußen die schwerste Belastung für ein einiges proletarisches Vorgehen darstellt. Wenn der „Vorwärts“ in diesem Zusammenhang einzelne Parteigenossen persönlich angreift, so ist er es, der die Situation verschärft.

Es zeigt sich eben immer wieder, daß das so notwendige geschlossene Vorgehen des Proletariats sich nur verwirklichen läßt im Kampf um bestimmte, dem Klasseninteresse des Proletariats entsprechende Forderungen, wie es aber immer dann gescheht wird, wenn aus untergeordneten, augenblicklichen opportunistischen Er-

**Wiedereingliederung in den Weltmarkt** ist jetzt das zwingendste Bedürfnis. Aber sie fehlt Kapitalimport, und Kapitalimport legt Rechtschaffenheit voraus, die keine Diktatur gewährleisten kann. So ist die Diktatur, nachdem sie ihre große geschichtliche Funktion erfüllt hat, zum Hindernis der Entfaltung der Produktivkräfte der russischen Arbeit und des russischen Lebens geworden. Ihre Liquidation ist unvermeidlich. Aber diese Liquidation kann in verschiedener Weise erfolgen.

Es ist denkbar, daß die in Rußland herrschende Partei selbst, die geschichtliche Notwendigkeit erkennend, ihre Diktatur allmählich, friedlich abbaut, indem sie immer weitere Kreise der russischen Gesellschaft zur Teilnahme an der Macht heranzieht, indem sie die Hefen, in die der Terror die Gesellschaft schlägt, lodert, indem sie jene Rechtsbürgerchaften für die Anantastbarkeit der Person und des Eigentums wiederherstellt, ohne die kein bürgerlicher Staat, keine kapitalistische Wirtschaft bestehen können. Auch in diesem Falle könnte das schließliche Ergebnis der Revolution nichts anderes sein als eine bürgerliche Demokratie. Aber in diesem Falle könnte doch ein großer Teil der russischen Industrie nationalisiert bleiben, könnte sich das Proletariat wesentliche soziale Errungenschaften der Revolution erhalten und könnten wesentliche Elemente der Sowjetverfassung in die entstehende Demokratie übergehen. Die russische Demokratie würde so wesentliche, leistungsfähige Elemente einer sozialistischen Weiterentwicklung enthalten. Rußland würde eine Stütze der proletarisch-demokratischen Entwicklung in aller Welt bleiben.

Wenn sich aber der russische Bolschewismus an seine Allseiner Herrschaft klammert, wenn er sich nicht rechtzeitig zu friedlichem Umbau des Sowjetregimes entschließt, dann wird auch kein „neuer Kurs“ an den Schranken, die die Diktatur dem Kapitalimport setzt, scheitern. Dann geht Rußland einer Wirtschaftskatastrophe entgegen, in der hungernde verzweifelte Volksmassen die Diktatur stürzen werden. Aus dem Chaos, das der Diktatur Erbe sein wird, wird dann die blutige Konterrevolution hervorgehen, die nicht nur die russischen Arbeiter aller revolutionären Errungenschaften beraubt, sondern auch der internationalen Konterrevolution starken Antrieb und mächtige Stütze geben wird.

Es ist das Lebensinteresse des russischen, des internationalen Proletariats, daß die unvermeidliche Liquidation der Diktatur durch friedlichen Umbau, nicht durch gewaltsamen Sturz des Sowjetregimes vollzogen werde. Darum müssen wir vorerst die Sowjetrepublik gegen alle konterrevolutionäre Bedrohung unterstützen. Deshalb führt der sozialdemokratische Kontrollausschuss des Wiener Arbeiterrates einen mühevollen, jähen, wirkamen Kampf gegen den Waffenschmuggel nach Polen und Rumänien. Deshalb hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft in ganz Deutschösterreich von ihrem kargen Lohn so große Beträge für die Bekämpfung der russischen Hungerkatastrophe geopfert. Diese Pflichten der internationalen Solidarität mit der russischen Revolution hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschösterreichs wahrlich besser erfüllt als die kommunistischen Parteien aller Länder.

Aber unsere Solidarität mit der großen russischen Revolution erlegt uns noch eine andere Pflicht auf: die Pflicht, mit allen geistigen Waffen, über die wir verfügen, diejenigen Kräfte innerhalb der russischen Revolution zu unterstützen, die die Sowjetregierung zu jener rechtzeitig freiwilligen Liquidation der Diktatur drängen, durch die allein ihr gewalttätiger Sturz verhindert werden kann. Wägen die Kommunisten jeden einen Verräter scheitern, der mit den Waffen der Marx'schen Geschichtsanalyse den Sinn der russischen Tragödie zu erschöpfen bemüht ist! Wägen sie sich auch jetzt noch finklingsgläubig an die „Phrasen und Einbildungen“ klammern, die die Realität der russischen Revolution schon zerrissen hat! Wir glauben der russischen Revolution einen besseren Dienst zu erweisen, wenn wir ihr so eindringlich, als wir es vermögen, raten, den dem „neuen Kurs“ innewohnenden Widerspruch zwischen Realität und Illusion, zwischen ökonomischer Notwendigkeit und politischer Herrschaftsform zu lösen, ehe er in furchtbare Explosion alle Errungenschaften der Revolution vernichtet.

Und damit erfüllen wir zugleich auch unsere Pflicht gegenüber dem internationalen Proletariat. Die kommunistische Ideologie der russischen Revolution hat breiten Proletariatmassen aller Länder ihren wirklichen ökonomischen und sozialen Inhalt, den Inhalt einer bürgerlichen Revolution, verdeckt. Dieser Irrtum hat in allen Ländern das Proletariat gespalten, in vielen Ländern breite Proletariatfraktionen auf gefährliche Irrwege verlockt. Wir müssen hinter dem Schein der kommunistischen Ideologie die Realität der bürgerlichen Revolution aufdecken, um das Proletariat von diesem irreführenden Mißverständnis zu befreien. Denn die Methoden der plebejisch-diktatorischen Entwicklungssphäre einer bürgerlichen Revolution können nicht die Methoden der proletarischen, der sozialistischen Revolution sein.

### Bauernfang

Die **Deutschnationale Volkspartei** hat im Reichstage folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung mit der schlesischen Vorgabe einer Denkschrift zu beauftragen, in der die geschichtlichen Möglichkeiten zur Herbeiführung der Beteiligung der Angehörigen und Arbeiter am Besitz und Ertrage der in Gesellschaftsform betriebenen Unternehmungen dargestellt werden, wobei die Verhandlungen des diesjährigen Deutschen Juristentages zu bewerten sind.

Zusätzliche ist in dieser Denkschrift Stellung zu nehmen zu folgenden Fragen:

- 1. Einführung eines Bezugsrechtes der Angestellten und Arbeiter in privatwirtschaftlichen Unternehmungen auf neu herausgegebene Geschäftsanteile aller Art zu Bedingungen, die diese Bezugsberechtigten gegenüber anderen nicht benachteiligen und ihren besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen;
- 2. Erleichterung und Regelung der Ausübung solcher Bezugsrechte durch Vereinigungen der Arbeitnehmer (Werkgemeinschaften, gewerkschaftliche Betriebsgruppen);
- 3. Ausarbeitung von Musterstatuten für solche Beteiligung und etwa weitergehendes freiwilliges Beitritt der Arbeitnehmer unter Vermittlung starrer Schiedsgerichtlichkeit;
- 4. Mitarbeit der Beamten, Angestellten- und Arbeiterchaft an gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen;
- 5. Vertretung der beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitnehmervereinigungen in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlungen.

Eine stärkere Parteireklame ist nicht denkbar. Wäre dieser Antrag schon darum, weil er erkennen läßt, daß die Deutschnationalen immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, es könnte sich ein nennenswerter Teil der Arbeiter-

# Für die Milderung des Strafvollzugs!

## Dauerlösung im Landtag

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtags stellten die Kommunisten den Antrag, in die Besprechung über die Anträge und großen Anfragen einzutreten, die sich auf die Lage der politischen Gefangenen und den Hungerstreik in Lichtenburg beziehen. Das Justizministerium hatte vorher erklärt, daß es nicht in der Lage sei, sofort der Besprechung beizutreten. Darauf stellten die Kommunisten den Antrag, die Besprechung unter allen Umständen vorzunehmen. Das Haus mußte in die Beratungen der anderen Gegenstände eintreten und dann um 7 Uhr zu den Interpellationen Stellung nehmen. Die Mehrheit des Hauses war mit diesem Vorschlag einverstanden.

Um 7 Uhr begann der kommunistische Abgeordnete Menzel aus Halle seine Rede über die Zustände in den Gefängnissen. Menzel hatte vom preussischen Justizminister die Erlaubnis bekommen, die Gefängnisse besuchen zu dürfen und sich um die Lage der politischen Gefangenen zu kümmern. Er trug aus der Fülle des von ihm gesammelten Materials eine ganze Reihe von Fällen vor, die auf das Haus ihren Eindruck nicht verfehlten. Menzel wies darauf hin, daß die Ernährung in den Gefängnissen und die Behandlung der Gefangenen durchaus unmäßig, teilweise sogar barbarisch ist. Den Gefangenen wird in vielen Fällen nicht erlaubt, eine Zeitung zu halten. Die Ernährung ist durchaus unzureichend, Lebensmittelpakete dürfen nicht in ausreichendem Maße geschickt werden. Die Erleichterung im Strafvollzug, die der preussische Justizminister bei Besprechung des Justizetats vor einigen Monaten in Aussicht gestellt hatte, sind nicht durchgeführt worden, sie wurden in der Hauptsache von den unteren Organen sabotiert.

Menzel, der äußerst schärflich sprach und sich keine ausführlichen Redewendungen erlaubte, sprach etwa zwei Stunden. Die Rede machte auf das Haus einen starken Eindruck. Leider wurde dieser Eindruck verwischt, als nach Menzel die Regierungsvertreter das Wort ergriffen. Sie wurden durch die Kommunisten andauernd unterbrochen und am Reden zu verhindern versucht. Obgleich auch die Regierungsvertreter sich keine ausführlichen Redewendungen zulaufen ließen, wurden sie von den Kommunisten in den schlimmsten Schimpfsworten überhäuft. Die Rechte des Hauses, aber auch die anderen bürgerlichen Parteien hatten an diesem Spiel ihre helle Freude.

Nachdem drei Regierungsvertreter gesprochen hatten, griff der Abgeordnete Ruttner das Wort, der gleichfalls scharfe Anklagen gegen die Justiz erhob. Für eine allgemeine Amnestie konnte er

Schaft für ihre politischen Zwecke einfangen lassen. Wäre er ferner darum, weil die Arbeiter und Angestellten hier mit einer Sache gefördert werden sollen, die sie längst und wiederholt hohnlachend abgewiesen haben. Neu und besonders reizend ist die „Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an gemischtwirtschaftlichen Betrieben“. Damit soll die Idee der Verhölerung der Gemeinde- und Staatsbetriebe an die neuen Reichen in der Arbeiterschaft populär gemacht werden. Dieses deutschnationale Lumpenpad lauft alles und glaubt, es könne auch die Arbeiter und Angestellten kaufen. Es täuscht sich indes, und wir möchten diesen Leuten raten, die politische Moral der Arbeiterklasse nicht mit jenen Mägen zu messen, die sie ihrer eigenen Lumpigkeit entnehmen.

## Wählerereien der Spiritusinteressenten

Der 15. Ausschuss des Reichstags hat die Beratung über das Brennweinmonopol ausgenommen und in den ersten drei Sitzungen bereits bewiesen, daß alle Interessentengruppen des Brennereigewerbes alle Macht einbringen, um aus dem Brennweinmonopolgesetzentwurf alle diejenigen Paragraphen auszumergen oder umzuändern, die der Landwirtschaft nicht belegen, die deren Ausbeutungsmöglichkeiten beschränken. In der Kommission wurde bisher besonders über die §§ 11 und 22 debattiert. Sie sind von einschneidender Bedeutung. Der § 11 behandelt die Zusammenlegung des Beitrags der Reichsmonopolverwaltung. Der Beitrag ist in der heutigen Zusammensetzung eine reine Interessentenvertretung der Brennindustrie. Die Vertreter der Unabhängigen Partei versuchten dem Beitrag eine Form zu geben, durch die den Verbrauchern und dem Reichstage ein größerer Einfluß eingeräumt wird. Sie beantragten, 12 Mitglieder des Reichstags in den Beitrag zu delegieren und den Rest aus den Kreisen der Fabrikanten und Verbraucher zu nehmen, um so im Verein mit den Verbrauchern eine Majorität für die Konsumenten zu schaffen. Der Antrag der Unabhängigen Partei, der von den Genossen Puchta und Craf vertreten wurde, fand bei den übrigen Kommissionsmitgliedern keine Gegenstände. Es blieb also bei der bisherigen Zusammenlegung, bei der von 30 Mitgliedern der Reichstag nur durch fünf vertreten ist. Das einzige Zugeständnis, das erreicht werden konnte, war, daß zwei Arbeitervertreter und ein Angestelltenvertreter mit in den Beitrag berufen werden.

Wie weit die Forderungen der Rechten gehen, ersehen man daraus, daß man neben dem Brennereigewerbe und der Landwirtschaft auf Antrag Erlaubnis (Zit.) noch einen Wirt in den Beitrag hineinbringen wollte. Der Unterausschuss, der dieserhalb eingehend worden war, hat nach langen Beratungen diesen Antrag allerdings abgelehnt. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß er in der zweiten Lesung wieder aufgenommen wird.

Die Beratung des § 22 leitete eine ausgedehnte Debatte, da die Brennereibesitzer, vertreten durch die Agrarierhaupteinigungs Dietrich und Köhler, alle Klößen verhindern, um die Fabrikation von technischen Spiritus zu verhindern. Die Herren verurteilen, die Spiritusfabrikation als Monopol der Landwirtschaft zu sichern. Nach dem Gange der bisherigen Verhandlungen kann man schon ersehen, daß der Gesamtentwurf in der Form, die er im Ausschuss erhalten wird, für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei jedenfalls unannehmbar sein wird.

## Die Reparationskommission in Paris

Paris, 21. November.

Wie der „Temps“ mitteilt, wird der französische Delegierte und Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Dubois, heute nachmittag von Millerand und dem zeitweiligen Ministerpräsidenten Sonnery empfungen. Er wird ihnen die Ergebnisse der Mission der Reparationskommission in Berlin auseinandersetzen. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß entgegen anderen Nachrichten die Mitglieder der Reparationskommission darüber einig gewesen seien, von Deutschland die Regelung der nächsten beiden Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar in vollem Umfang und zum festgesetzten Tage zu verlangen. Jede Diskussion mit der deutschen Regierung darüber und über die Möglichkeit einer Revision des Zahlungsstatus nach Ablauf der beiden Fälligkeitstage sei abgelehnt worden. Unter den Mitgliedern der Kommission würde es gewisse Meinungs-

sch aber nicht einsehen, weil schwer festzustellen sei, wo der gemeine Verbrecher anfängt und wo er aufhört. Diejenigen Gefangenen, die aus rein politischen Motiven gehandelt hätten, müßten unbedingt in weitgehender Weise begnadigt werden. Die Kommunisten ermahnte er, nicht immer wieder von neuem mit Resolutionen und Forderungen hervorzutreten. Dadurch lieferten die Kommunisten den Gegnern aus die Argumente, die Gefangenen festzuhalten. Außerdem wäre es sehr wertvoll für die Kommunisten, wenn sie nicht bloß in Deutschland an die Menschlichkeit appellierten, sondern diesen Appell auch an die russische Regierung richteten. In den russischen Gefängnissen schwebten Hunderte und aber Hunderte von sozialistischen Arbeitern, die sich schon während der zaristischen Herrschaft für die Sache des Sozialismus große Verdienste erworben hätten. Ruttner wies ferner darauf hin, daß der Strafvollzug gegen politische Gefangene in der mildesten Weise gehandhabt werden müsse.

Gegen 11 Uhr nachts ergreift der Zentrumsabgeordnete Schmitt das Wort. Er ist Gefängnisgelehrter. Er hält eine von starkem sozialem Empfinden getragene Rede und tritt gleichfalls für eine Milderung des Strafvollzugs ein. Ebenfalls legt er sich dafür ein, daß die politischen Gefangenen anders behandelt werden müßten, wie gemeine Verbrecher. Die Verhandlungen gehen weiter. Das Haus hat die Absicht, die Sitzung bis über Mitternacht hinaus auszu dehnen.

## Ein Antrag der U S P.

Die Unabhängige Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. Auf die Reichsregierung einzuwirken, sofort den Entwurf eines neuen Gesetzes vorzulegen durch das alle vor Gerichten des Reichs schwebenden Strafverfahren wegen revolutionärer Handlungen niedergeschlagen und alle wegen revolutionärer Handlungen verurteilten Personen amnestiert werden.
2. Die Strafvollstreckung gegen sämtliche in preussischen Strafjustiz wegen solcher revolutionärer Handlungen inhaftierten Personen sofort und zwar zunächst auf die Zeit von vier Monaten zu unterbrechen.
3. Personen, die wegen revolutionärer Handlungen durch Gerichte des Freistaats Preußen verurteilt sind den Rest ihrer Strafe zu erlassen und sofort in Freiheit zu setzen. Noch schwebende Strafverfahren sind niederzulassen.
4. Der Lebensunterhalt der hiernach losgelassenen Gefangenen ist zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit aus Staatsmitteln zu bestreiten und zur Deckung der Kosten ist ein entsprechender Gesetzesentwurf dem Landtag zu unterbreiten.

verschiedenheiten über das einzuschlagende Verfahren gegeben haben, über die Sache selbst habe es ebenso wenig Meinungsverschiedenheiten gegeben wie über die Prinzipien. Nachdem so — schreibt der „Temps“ — die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Beiträge gesichert seien, werde die deutsche Regierung mehr Zeit haben, über langfristige Anleihen im Auslande zu verhandeln und die deutschen Finanzen zu sanieren.

## Englands Bereitwilligkeit

Nachnahme des amerikanischen Flottenprogramms

London, 21. November.

Der Sonderberichterstat der Reuterschen Bureaus aus der Washingtoner Konferenz meldet: Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß Großbritannien vorbehaltlos das amerikanische Flottenprogramm angenommen hat. Während die britische Delegation von dem Plan als Gamee wegen ihres Wunschens, eine Änderung betreffend die U-Boote und die Ersatzbauten vorzuschlagen, nur im Prinzip angenommen hat, hat die Delegation das vorgeschlagene Verhältnis der Großkampfflottenstärke für Großbritannien, Japan und die Vereinigten Staaten ungenügend gutgeheißen. Dies wird nach einer Konferenz zwischen Staatssekretär Hughes, Balfour und Admiral Kato bekannt.

## Die gestrige Vollziehung in Washington Eine Rede Briands

Paris, 21. November.

Der Sonderberichterstat der Agence Havas meldet aus Washington: In der heutigen Vollziehung der Konferenz erklärte Staatssekretär Hughes u. a.: die Vereinigten Staaten legten sich Reuehaft ab von den Schwierigkeiten und Anfechtungen anderer Länder und seien bereit, sich vor jeder Rücksicht auf die nationale Sicherheit zu beugen.

Alsdann ergreift Briand das Wort: Nachdem er seinen Kollegen gedankt hatte, daß sie dem Vertreter Frankreichs gelautet, die Lage seines Landes vor den Augen der gesamten Welt in ihrer wirklichen Gestalt zu zeigen, erklärte er, Frankreich sei mehr als jedes Land geneigt, der Welt einen endgültigen Frieden zu sichern. Er wäre extrem, wenn er sagen könnte, wir sind unsere Sicherheit in uns selbst, wir legen die Waffen nieder und wir sind glücklich, dadurch, daß wir diese Tat unternehmen, zur Wiederherstellung des endgültigen Friedens beitragen zu können.

Unmögliches zu tun können wir das nicht, führt Briand fort, unglücklicherweise haben wir dazu nicht das Recht. Ich werde die augenblickliche Lage Frankreichs erläutern. Um Frieden zu schließen, muß man zu zweien sein. Man muß den Nachbar betrachten. Es genügt nicht, daß man das Kriegsmaterial vermindert, denn es gibt eine andere Möglichkeit, die man nicht vernachlässigen darf und die vital ist für den Frieden. Es ist notwendig, daß im Lande eine Atmosphäre des Friedens herrscht. Die Entwerfung muß nicht nur material, sondern auch moralisch erfolgen, und ich hoffe, bemessen zu können, daß in dem Europa, wie es augenblicklich ist, noch ernste Gemüthsregungsmomente vorhanden sind. Es bestehen noch Bedingungen, die Frankreich verpflichtet, sie im Interesse seiner Sicherheit in Betracht zu ziehen. — Briand spricht fort.

## Die Befreiung des Burgenlandes

Wien, 21. November.

Die Wiener Blätter veröffentlichen Mitteilungen der Bürgermeister sowie anderer Funktionäre der Städte des Burgenlandes, in denen diese ihrer Genugtuung über die Befreiung des Burgenlandes durch österreichische Bundesstuppen Ausdruck geben. Die Haltung der Bundesstuppen wird als ein geschildert und überall ist man erfreut über die Befreiung von der furchtbaren Bandenverherrlichung, unter der das Land erlitten hat. Andererseits herrscht aber auch ein lebhaftes Interesse für die möglichst baldige Herstellung regelmäßiger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn. Im Dobruhaer Bezirk dauert die terroristische ungarische Abstimmungpropaganda trotz des Verbots der Dobruhaer Generalkommission an. Die Generalkommission hat nicht um dagegen einzuschreiten.

Das Zuchthaus in Lichtenburg

Der Bericht der Untersuchungskommission

Auf Grund des Beschlusses des Reichstages vom 19. d. M. begaben wir uns gestern mit dem vom Reichstag eingesetzten Untersuchungsausschuss nach Lichtenburg. Das dortige Zuchthaus ist eine große Strafanstalt, die mit mehr als 700 Gefangenen besetzt ist.

In diesem Milieu mag die Verweigerung nur zu leicht die Unglücklichen ergreifen, die dort auf Jahre, auf Jahrzehnte, auf Lebenszeit untergebracht sind. Die politischen Gefangenen, durchweg Männer, die sich an der kommunistischen Wertschöpfung beteiligt haben, hatten bis vor kurzem immer noch die Hoffnung auf eine Amnestie.

130 Gefangene sind in den Hungerstreik getreten. 31 waren bereits vor unserem Eintreffen in Lichtenburg in das Haupt- und Hilfsgefängnis Torgau gebracht worden. Von den in Lichtenburg Zurückgebliebenen hatten zwei Drittel den Hungerstreik aufgegeben.

Zu Lebensgefahr war anscheinend niemand von den Gefangenen. Das ärztliche Mitglied des Untersuchungsausschusses, Abg. Grotjahn (S. P. D.) hat dies festgestellt. Die Streikenden waren zum Teil allerdings stark geschwächt.

Wir sprachen Gefangene, die lediglich wegen ihrer Teilnahme am offenen Kampf, wegen Requirieren von Lebensmitteln und Geld für die 'Rote Armee' auf Jahre ins Zuchthaus gesteckt worden sind. Die meisten Gefangenen waren unbekannt, bis sie das Zuchthausurteil traf.

Bezeichnend war, daß in den Klagen der meisten dieser 'Schwerverbrecher' vor allem die Sorge um Frau und Kind eine Rolle spielte. Diese Sorge nach im Zuchthaus zeigt am besten den edlen Charakter dieser Männer.

Nach den Berichten der Gefängnisbeamten waren die politischen Gefangenen zunächst in zwei Gruppen, durch eine offene Tür verbundenen Sälen untergebracht. Die während des Zusammenkommens der Gefangenen in diesen Räumen unternommenen Versuche, sie vom Hungerstreik abzubringen, waren vergeblich.

Der Hungerstreik war ein Akt der Verweigerung. Und in der Tat kann der heutige Strafvollzug verweigern machen. Kein Hoffnungsstraft dringt bis ins Zuchthaus. Die preußische Justizverwaltung verbietet kommunistische Zeitungen überhaupt und läßt andere Zeitungen nur zu, nachdem sie zensiert sind.

Läßt der Strafvollzug auch viel zu wünschen übrig; der Hungerstreik der politischen Gefangenen richtet sich nicht in erster Linie gegen den Strafvollzug, sondern gegen die Klassenjustiz, gegen die Naturteile der Ausnahmegerichte, gegen die Wechsellöhne des Reichstages, welche die Amnestie ablehnte, und gegen die erbarmungslose Gesellschaft, welche die Frauen und Kinder politischer Gefangener hungern läßt.

Der Untersuchungsausschuss wird die Urteile nachprüfen, und wir wollen hoffen, daß diese Revision zu einer Freilassung der politischen Gefangenen führt.

Die Arbeiterschaft aller Richtungen darf nicht erlahmen in ihrem Interesse für die 'Zuchthäuser'. Es handelt sich um Kämpfer, die für die große Sache des Proletariats Opfer gebracht haben und weitere Opfer zu bringen bereit sind.

Die Parole der hungernden Gefangenen ist: Freiheit oder Tod! Diese Parole muß Wiederhall finden in der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Gorge die Klassenbewegung deutsche Arbeiterschaft dafür, daß der Druck auf die Regierung so verstärkt wird, daß den politischen Gefangenen nicht der Tod hinter Kerlertauern, sondern die Freiheit zuteil wird!

Berlin, den 21. Novemb.: 1921. Joseph Herzfeld, Kurt Rosenfeld.

Der ärztliche Befund

Nach dem Bericht des Prof. Dr. Grotjahn im 'Vorwärts' entsprach der Gesundheitszustand der einzelnen Gefangenen nicht entfernt dem grauenvollen Einzelheiten, die man in kommunistischen Zeitungen lesen konnte.

Trotzdem mußte Anblick und diskrete Befragung doch zu einem Gefühl des tiefsten Mitleides mit diesen Gefangenen zwingen, und zwar weniger mit ihrem augenblicklichen gesundheitlichen Zustande, als vielmehr mit der traurigen Lage, in welche diese Unglücklichen, die mit fastem Mittel nach fastem Ziele strebten, hineingeraten sind.

Rolle in den Deutschen Werken

Am gestrigen Montagmorgen 9 Uhr erschien General Rollet in Begleitung seines Stabes in den Werken Spandau und Hasehorst der Deutschen Werke A.-G., um sich persönlich zu orientieren.

General Rollet wird am Mittwoch in Erfurt eintreffen, um das Werk Erfurt zu besichtigen und eine Abordnung der Belegschaft empfangen.

Gestern nachmittag um 3 Uhr wurden von der internationalen Militärkommission in Paris unter Vorsitz des Generals Weygand die deutschen Sachverständigen, Direktor Dr. Funke von den Deutschen Werken und Ministerialrat Schaefer vom Reichswehrministerium, in der Frage der deutschen Werke empfangen.

Kleine Nachrichten

Wiederwahl der babilischen Regierung. Der babilische Landtag hat heute mit 38 von 81 abgegebenen Stimmen die bisherigen Minister wiedergewählt.

Verbot der Regimentsvereine im besetzten Gebiet. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Rheinlandkommission hat laut Schreiben vom 19. d. M. beschlossen, im besetzten Gebiet die sogenannten Regimentsvereine zu verbieten.

Zeitungsverbot. Die 'Schwäbische Tageszeitung' in Stuttgart ist wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung auf die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Die Kinokatastrophe in Harburg. Von den bei der Katastrophe im Harburger West-Kino ums Leben gekommenen Kindern waren 11 Knaben, das zwölfte ein Mädchen. Die Kinder standen im Alter von 3 bis 14 Jahren.

Der Aufstand in der Ukraine. Die Sowjetregierung teilt offiziell mit: Die in der Auslandspresse erschienene Nachricht über die Besetzung der ukrainischen Städte durch die Einheiten des Reichsheers ist gänzlich unrichtig.

Karl und Jita in Jundak. Karl und Jita sind an Bord des 'Gardiff' in Jundak eingetroffen. Das Schiff wurde bei seiner Ankunft im Hafen von dem englischen Konsul und dem portugiesischen Konsul begrüßt.

Der Kampf um die Reichsbahnen

Die Gegenwehr des Reichsverkehrsministeriums - Eine Schrift des Eisenbahnverbandes - Die Miswirtschaft Breitenbachs und ihre Folgen - Was gedenkt Herr Groener zu tun?

Das Reichsverkehrsministerium wendet sich in wiederholten Publikationen gegen die Entstaatlichung des Eisenbahnbetriebes. In einer kürzlich erschienenen Darstellung, die der Minister Groener an die Presse veröffentlichen ließ, legt er die Stellungnahme des Reichsverkehrsministeriums zu dieser Frage dar.

Hauptursachen für die gewaltigen Fehlbeträge der Reichseisenbahn seien einmal die den Betriebsapparat belastenden Folgen des Krieges, dann das Zurückbleiben des Betriebes hinter dem Umfang, für den die persönlichen und sachlichen Kräfte bereitgestellt werden müssen.

Der Zustand der Bahnanlagen und der Betriebsmittel hat sich seit Kriegsende in lebhaftem Fortschritt gebessert. Vor allem hebt Groener hervor, daß sich

gehoben habe. Auch könne niemand behaupten, daß das Personal zu hoch bezahlt sei. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand sei bei der Eisenbahn infolge der Demobilisierung eine Ueberfüllung mit Arbeitskräften eingetreten.

Er gedenkt zum ersten Male, daß die Steigerung des Arbeitswillens des Eisenbahnpersonals von dieser Seite in so offener Weise anerkannt wird. Wenn man aber im Reichsverkehrsministerium diese Einsicht gewonnen hat, dann soll man sich hüten, den Arbeitswillen des Personals wieder zu schmälern durch ein beständiges Wäffeln am Lichtfundament.

der einzelnen Arbeitsträfte beigezogen hat. Auch Groener erinnert an das bevorstehende Arbeitszeitgesetz, zu dem wir uns schon sehr ausführlich geäußert haben, und ermahnt von ihm, daß es ein gerechtes und wirtschaftliches Vernehmen des Personals den Weg ebener werde.

Für den Einfluß der Personalpolitik der Reichseisenbahn auf die Höhe des Defizits sind einige andere Bemerkungen Hombergers von Wichtigkeit. Sie zeigen wieder einmal deutlich, daß die persönlichen Ausgaben

in viel geringerem Maße gewachsen sind, als die sachlichen. Die persönlichen Ausgaben betragen 1913 60,87 Prozent der Betriebsausgaben, während die sachlichen Ausgaben in diesem Jahre nur 39,13 Prozent betragen.

Die sachlichen Ausgaben betragen 47,3 Prozent. Das Verhältnis ist also erheblich zugenommen der persönlichen Ausgaben verhältnißlos worden.

Der alte preussische Eisenbahnschlüssel unter Breitenbach hat nie eine Hand für ihre Modernisierung gezeigt. Als nach Kriegsende die Aufgaben dieser Betriebe infolge des Raubbaues an Material während des Krieges sich gewaltig steigerten, da war es nach der übereinstimmenden Meinung aller einsichtigen Beurteiler dem Personal auch bei dem besten Willen und bei noch nie dagewesener Arbeitszeit unmöglich, aus den Verfügen mehr herauszuholen.

Hand für ihre Modernisierung gezeigt. Als nach Kriegsende die Aufgaben dieser Betriebe infolge des Raubbaues an Material während des Krieges sich gewaltig steigerten, da war es nach der übereinstimmenden Meinung aller einsichtigen Beurteiler dem Personal auch bei dem besten Willen und bei noch nie dagewesener Arbeitszeit unmöglich, aus den Verfügen mehr herauszuholen.

Wie diese Dinge im einzelnen ausgefallen haben, dafür einige Beispiele aus dem Jahre 1918, die wir ebenfalls der Schrift des Deutschen Eisenbahnverbandes entnehmen. In der Hauptwerkstätte zu Wittenberge mußte die Schnellausbesserung der Güterwagen auf Freigeleisen vorgenommen werden.

Nach dem Lokomotivbestand des Eisenbahndirektionsbezirks Kassel fehlten dort schon früher 40 Einheiten für Reffelsausbesserungen. Infolge des gesteigerten Bedarfs an Reparaturarbeiten mußte in Göttingen eine Kesselschmiede eingerichtet werden.

Und so geht es weiter. Beispiele dieser Art sind in der Schrift des Eisenbahnverbandes in außerordentlich großer Zahl enthalten, und wir empfehlen allen Interessenten, vor allem auch den stillen Schreibern der bürgerlichen Presse, das ernsthafteste Studium dieser außerordentlich wichtigen Schrift.

Das sind die Gründe dafür, daß die Tarifierhöhungen bei der Eisenbahn auch jetzt noch nicht ihr Ende erreicht haben dürften. Groener erklärt in seiner bereits erwähnten Darstellung, bis jetzt seien die Eisenbahntarife erheblich weniger geringen als die Preise für alle Waren.

Unter der Voraussetzung, daß es gelingt, weiteren Ausgabeerhöhungen zu begegnen, wird der Haushaltplan für 1923 durchgeföhrt werden können, indem die Ausgaben durch die Einnahmen ausgeglichen sind, das Defizit also beseitigt ist.

Groener will diese Voraussetzung für die geordnete Durchführung des Eisenbahnbetriebs - neben den Tarifserhöhungen - schaffen durch höhere Wirtschaft, Steigerung der Arbeitsleistungen, weiteren Abbau des Personals und schließlich durch eine größere kaufmännische Elastizität des Betriebes.

Wir erwarten, daß die Eisenbahnbehörde ihr Hauptaugenmerk auf diesen letzten Punkt richtet. Hier ist im wesentlichen der Hebel anzusetzen. Der bürokratische Schamottismus hat kaum männlichen Geist zu weichen, an die Stelle der harten Obrigkeitlichkeit des Bureaus am Hofes eine

freie. Wir erwarten ferner, daß der Reichsverkehrsminister alle seine Maßnahmen im Einvernehmen mit den Organisationen der Arbeiter und Beamten trifft.

Der Reichsverkehrsminister hat seine Maßnahmen im Einvernehmen mit den Organisationen der Arbeiter und Beamten getroffen, und wohl auch auf eine weitere Steigerung der Arbeitsleistung und der Arbeitsproduktivität rechnen. Der Reichsverkehrsminister hat seine Maßnahmen im Einvernehmen mit den Organisationen der Arbeiter und Beamten getroffen, und wohl auch auf eine weitere Steigerung der Arbeitsleistung und der Arbeitsproduktivität rechnen.

# Warenverteilungsstelle des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes

Abteilung Gewerkschafts-Kommission Berlin und Umgegend

Infolge des großen Andrangs  
und der damit verbundenen Aufräumungsarbeiten, sehen wir uns leider veranlaßt,  
**vom Mittwoch, den 23. November ab**  
unsere Verteilungsstellen von 12 bis 3 Uhr mittags bis auf weiteres zu schließen

### Theater u. Vergnügungen

**Volkstheater**  
11. u. 12. Uhr: **Maffie Menich**

**Neues Volkstheater**  
9 Uhr: **Rose Bernd**

**Staatstheater**  
7, 8, 9 Uhr: **Walter**  
10, 11 Uhr: **Michael**

**Deutsches Theater**  
8, 9, 10, 11 Uhr: **Louis Frelander**  
12 Uhr: **Das Gloriosa**

**Stammertheater**  
8, 9, 10, 11 Uhr: **Wer Scherke?**

**Großes Schauspielhaus**  
7, 8, 9, 10 Uhr: **Die Götze von Berlichingen**

**Wöllner-Theater**  
8, 9, 10, 11 Uhr: **Nixchen**

**Romödienhaus**  
8, 9, 10, 11 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue**

**Berliner Theater**  
8, 9, 10, 11 Uhr: **Prinzessin Olala**

**Römische Oper**  
7, 8, 9, 10, 11 Uhr: **Die große Einbürgerungs-Operette**

**Triana - Theater**  
8, 9, 10, 11 Uhr: **Das weiße Land**

**Die Ehe im Kreise**

**Waldhof - Theater**  
8, 9, 10, 11 Uhr: **Jung muß man sein**

**Theater des Ostens**  
7, 8, 9, 10, 11 Uhr: **Fidele Brüder**

**Theater am Kottbuser Tor**  
7, 8, 9, 10, 11 Uhr: **Ein Sänger**

**Casino - Theater**  
8, 9, 10, 11 Uhr: **Der Weg zum Glück**

### TI Sersallionen II

Liebertstraße 54, 5 Uhr

### Apollontheater

Friedrichstraße 210  
Unter persischer Leitung  
**Paul Lincke**  
**FRAU LUNA**

### Circus Busch

Schwimmende Wasserbühnen

### Anzüge

Leister Gottlieb

### Bandwurm

in Kopf verloren

### Altmetalle

Wollberg Str. 1, Holzschitten

### Soeben erschienen!

**Opulenz**  
**Lohnpflicht**  
vom kleinen Zini

### Buchhandlung

**Freiheit** / Berlin C 2  
Dreile Straße 6-9

### Henko

Herbel's Wasch- Bleich- Soda  
unverwundlich für Wäsche und Hausarbeit  
Hersteller **Henkel & Co. Düsseldorf**

### Pelzwaren

Wollwaren, Pelzwaren

### Kapitan

Raufab

### Billig

Rüchle, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider

### Raufhaus Westens

G. m. b. H.  
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

### Altmetalle

Kauf zu Engrospreisen

### Aitmetalle

unverwundliche Dreile

### Altmetalle

Kauf zu hohen Preisen

### Alt-Edelmetalle

Edelmetalle

### Pfandscheine, Brillanten

Gold, Silber (Bruch) Platin, Zahngesisse

### Per sofort gesucht:

## Verkäuferinnen

für  
**Konfitüren**

Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

### Per sofort gesucht:

## Tüchtige Verkäuferinnen

für die Abteilung  
**Liberty**

Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

### Per sofort gesucht:

## Tüchtige Verkäuferinnen

für die Abteilung  
**Liberty**

Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

### Parzellen

in Heiligensee

### Parzellen

in Heiligensee

### Parzellen

in Heiligensee

### Parzellen

in Heiligensee

### Raufhaus Westens

G. m. b. H.  
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

### Raufhaus Westens

G. m. b. H.  
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

### Raufhaus Westens

G. m. b. H.  
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

### Branchen-Versammlung

der Graveure u. Ziseleure

### Branchen-Versammlung

der Klempler

### Branchen-Versammlung

der Bauanschläger

### Branchen-Versammlung

der Schnitarbeiter

### Branchen-Versammlung

der Metallarbeiter u. Polierer Groß-Berlins

### Branchen-Versammlung

der Metallarbeiter u. Polierer Groß-Berlins

### Branchen-Versammlung

der Metallarbeiter u. Polierer Groß-Berlins

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

### Todes-Anzeige

Johannes Lück

### Bekanntmachung

Die Firma Schiffsverft

### Bekanntmachung

Die Firma Schiffsverft

### Arztgesuch

Zur Einführung der Familienversicherung

### 2 Ortsbeamte gesucht

für die Reichstelle Berlin

### Per sofort gesucht:

## Kontoristinnen

### Per sofort gesucht:

## Kontoristinnen

# Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter

## Die Arbeiterfrage in der Kommune

Von Stadtrat Schünning

Vor der Revolution bildeten die städtischen Arbeiter und Angestellten den düdnamsten Teil der Berliner Arbeiterschaft. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschäftigten sich nur gelegentlich mit Arbeiterfragen. Die Sozialdemokratische Partei vertrat mit aller Energie die Forderungen der Arbeiter und Angestellten. Die durch das Klassenwahlrecht garantierte bürgerliche Mehrheit aber lehnte die sozialistischen Forderungen ab, und die Arbeiter und Angestellten fügten sich. Die Nachmittage, welche sich die übrige Arbeiterschaft durch starke wirtschaftliche und politische Organisation zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage geschaffen hatten, waren nicht vorhanden. Klassenbewußtsein und proletarisches Solidaritätsgefühl waren nur gering ausgeprägt. Alle Bemühungen der Gewerkschaften waren nicht erfolgreich genug, um den städtischen Arbeitern und Angestellten ein wesentliches Mitbestimmungsrecht zu sichern.

Dieser Mangel des Indifferentismus ist durch die Revolution gebrochen. Die Behandlung der Arbeiterfragen nimmt heute einen großen Raum ein. Neben einer besonderen Deputation beschäftigt sich eine ständige Magistratskommission mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Dazu kommen die Beratungen im Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung und in besonderen Kommissionen. Bei der großen Anzahl der städtischen Arbeiter und Angestellten und der Bedeutung der Kommunalbetriebe für die Allgemeinheit ist dies durchaus begründet. Weniger verständlich ist, daß trotz alledem das Verhältnis zwischen Magistrat und dem städtischen Arbeiter und Angestellten so gespannt ist.

Der Magistrat ist sich seiner Pflicht gegenüber den städtischen Arbeitern und Angestellten durchaus bewußt. Wenn er die jeweils gestellten Forderungen nicht reiflich erfüllen kann, so hat das seine Ursache bekanntlich in den schlechten städtischen Finanzen. Jede wesentliche Lohn- oder Gehaltsänderung bedingt neue Steuern und Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität. Der Magistrat muß bei seiner Lohnpolitik also Rücksicht auf die Verhältnisse der Allgemeinheit nehmen. Er kann, wenn er verantwortlich arbeiten will, keine Ausnahmen beschließen, ohne sich wiederum Einnahmequellen zu sichern. Würde er diesen Weg beschreiten, so würden gerade die städtischen Arbeiter und Angestellten die Folgen dieser unverantwortlichen Politik am schwersten treffen.

Man kann nicht den Kommunalbetrieb mit dem privatkapitalistischen Betrieb auf gleiche Stufe stellen. Der Privatkapitalist produziert, um Profit zu erzielen; wird er zu Lohn- oder Gehaltsänderungen gezwungen, so wälzt er diese rücksichtslos auf die Konsumenten ab. Der Kommunalbetrieb hingegen dient nicht der Profiterzeugung, sondern den Interessen der Allgemeinheit. Er kann nicht rücksichtslos abwägen, sondern muß wiederum auf die Allgemeinheit und insbesondere auf die übrige arbeitende und arbeitslose Bevölkerung Rücksicht nehmen. Es ist sehr bequem, den Magistrat mit einem privatkapitalistischen Direktorium auf eine Stufe zu stellen, zeigt aber von einer Verantwortungslosigkeit, die kaum noch zu überbieten ist.

Die ständige Streitigkeit muß durch gegenseitige Verständigung unter allen Umständen beseitigt werden.

Wollen wir die Kommunalbetriebe als solche halten und in der Kommunalisierung vorwärts marschieren, so müssen die Betriebe auch von wirklich sozialistischem Geist erfüllt sein. Die Kommunalbetriebe sind nicht um ihrer selbst willen vorhanden, sondern sie sollen den Interessen der Allgemeinheit dienen. Wer in einem Kommunalbetrieb beschäftigt ist, hat gegenüber der Allgemeinheit eine größere Verantwortung als derjenige, der in einem Privatbetriebe tätig ist. Ein erhöhtes Pflichtbewußtsein muß demnach die Voraussetzung zur Beschäftigung in einem Kommunalbetriebe sein. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, so wäre auch die Wirtschaftlichkeit der Kommunalbetriebe gesichert. Leider ist dies nicht der Fall, und es ist durchaus falsch, die Unwirtschaftlichkeit

einseitig der bürokratischen Verwaltung zuzuschreiben. Neben einer Reorganisation der Verwaltung ist eine andere Einstellung der Belegschaften unbedingt erforderlich. Wenn dies geschieht, können die städtischen Betriebe sowohl mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen, als auch mit den sozialen Einrichtungen bahnbrechend wirken.

Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn die sozialistischen Parteien in Verbindung mit den Gewerkschaften sich von vornherein über Lohn- und Arbeitsfragen verständigen, damit an Stelle des Gegeneinander-Antäufelns sozialistische Erziehungsarbeit geleistet werden kann. Dies auszuspochen ist ein Gebot der Stunde.

### Weiterführung der Lohnverhandlungen

Eine Korrespondenz meldet: Durch den Magistratsbeschluss vom Sonnabend abend sind die Verhandlungen zwischen der an die Stelle der Tarifdeputation getretenen Lohnkommission und den Gewerkschaften der städtischen Arbeitnehmer in ein neues Stadium getreten. Ohne Zweifel sind die Schwierigkeiten einer Verständigung größer geworden, doch ist zu hoffen, daß die Besprechungen zwischen Lohnrat und Magistrat ruhig weitergeführt werden. Bei den kommenden Besprechungen wird nicht nur die Lohnfrage allein, sondern der ganze Fragenkomplex des Reichsmanteltariffes für die kommunalen Arbeitnehmer behandelt werden.

### Lohnforderungen und Gemeindefinanzen

#### Die Deckung der Mehrausgaben.

Während der Magistrat sich am Sonnabend auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Stadt Berlin, wenn sie zur Deckung der Lohnforderungen Reichshilfe in Anspruch nehmen will, dann auch verpflichtet ist, bei den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter die Reichshilfe zugrunde zu legen, bleibt die städtische Arbeiterschaft bei der Forderung von 1000 Mark Wirtschaftsbeihilfe und 250 Mark Zulage für jedes Kind bestehen. Wir haben wiederholt betont, daß die Forderungen der Arbeiter durch die Teuerungswelle selbstverständlich berechtigt sind, ja, durch die tägliche Steigerung der Preise täglich neue Berechtigungen erhalten. Trotzdem muß die Frage der Deckung auch von Standpunkte der Arbeiter behandelt werden, denn es kann natürlich den städtischen Arbeitern nicht gleichgültig sein, woher die Mittel zur Befriedigung ihrer Lohnforderungen genommen werden.

Der Magistrat hat durch seinen von uns wiedergegebenen Beschluss zunächst eine Erhöhung der Werkstarife vorgeschlagen, die eine Befastigung der minderbemittelten Bevölkerung in so ungeheurem Ausmaße bringen würde, wie sie bis jetzt noch nicht versucht worden ist. Es ist kein Zweifel, daß bei erhöhten Produktionskosten der städtischen Werke auch die Preise für die Produkte erhöht werden müssen. Insofern ist es richtig, daß ein Teil der entstehenden Mehrausgaben durch Erhöhung der Tarife gedeckt werden müssen. Es ist aber einfach unmöglich, sowohl aus Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins als auch aus Rücksicht auf die Werke selbst und die ihnen drohende Konsums einschränkung, diese Tarifserhöhung in so großem Maße vorzunehmen, daß die gesamte Summe der Lohnforderungen gedeckt wird.

Ohne die Meinung zu vertreten, daß die ungeheure Finanznot der Gemeinde Berlin etwa durch Palliativmittel behoben werden könnte, muß in diesem Zusammenhange doch gesagt werden, daß die beabsichtigte Erhöhung der oberen Beamtensgehälter erhebliche Abzehrung verurteilt. Nun besteht ja leider die gesetzliche Verpflichtung für die Gemeinde, die Sätze der Reichsbesoldungsordnung zu übernehmen. Deshalb hat auch der Vertreter der Unabhängigen Kommunalpolitiker bei der Rundgebung des Städtetages betont, daß die Gemeinden bei der Gestaltung der Besoldungsordnung mitbestimmen müssen, denn sie haben finanziell unter der gegenwärtigen Besoldungsordnung am meisten zu leiden. Es muß auch der dadurch berechtigte Protest der unteren und mittleren Beamten, der in der Versammlung in der Hofenstraße erhoben worden ist, bei der Gestaltung der Besoldungsordnung seinen Ausdruck finden.

Darüber hinaus aber verlangt die Frage eine entscheidende Neuregelung der Finanzverhältnisse zum Reich, Staat und Gemeinde das eine endgültige Lösung. Daß Berlin die Mittel, die zur Neuordnung der Gehälter für Arbeiter, Angestellte und Beamte auch nicht zu einem Bruchteil aus Eigenem aufbringen kann, hat sich bereits gezeigt. In dieser Finanzlage findet die Borauslage der U. S. P. D. von der Entwicklung der Gemeindefinanzen nach der reichsgesellschaftlichen Regelung, wie sie schon auf dem Städtetage in Stuttgart gemacht wurde, ihre volle Bestätigung. Es wird jetzt Aufgabe der sozialistischen Fraktionen sein, die großen Schichten der arbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung vor einer allzu harten Belastung möglichst zu schützen und darauf zu drängen, daß durch die Erschließung neuer Steuerquellen, vor allem beim bestehenden Bürgerium, das aus der Teuerung und der Entwertung der Mark ungläublich hohe Gewinne schöpft, die Mittel für eine erträgliche Gestaltung der Löhne und Gehälter gewonnen werden.

Nach sechsstündigen Verhandlungen, die heute im Reichs- arbeitsministerium unter dem Vorsitz des früheren Staatsministers Lindenmann stattfanden, einigte sich das Schiedsgericht auf einen Schiedsspruch über die Gehälter der Angestellten in den städtischen Werken. Der Schiedsspruch geht dahin, daß für die Werksangestellten vom 1. 4. 21 ab die Sätze der Besoldungsordnung anzuwenden sind; soweit späterhin bei den Beamten günstigere Eingruppierungen erfolgen, soll dies auch bei den Werksangestellten geschehen. Diese Festlegung der Gehaltsätze für die Werksangestellten durch die Besoldungsordnung gilt bis zum 1. 4. 23. Wenn dieser Schiedsspruch von beiden Seiten angenommen wird ist eine einheitliche Regelung in der Besoldung für die Beamten und Angestellten der Werke erreicht.

### Ein unmögliches Vorhaben

Gestern abend fand eine Besprechung zwischen dem Oberbürgermeister, dem Rammerey und den Führern der Stadtverordnetenfraktionen statt. Der Magistrat gab in dieser Sitzung die Absicht kund, die Erhöhung der Werkstarife mit sofortiger Gültigkeit ohne Befragen der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen. Nur die Erhöhung der Werkstarife wurde er wollte er durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vornehmen lassen. Es ist selbstverständlich, daß der Vertreter der Unabhängigen Fraktion den entscheidendsten Protest gegen ein solches, der Städteordnung direkt widersprechendes Vorhaben, erhoben hat. Wenn auch der Magistrat darauf hinweisen kann, daß jeder Tag der Mindereinnahmen aus den Werkstarifen ein Verlust für ihn ist, so geht es doch nicht an, ein Verfahren einzuschlagen, das die Grundzüge einer geordneten Gemeindefinanzwirtschaft, nämlich das Zusammenarbeiten zwischen Magistrat und den gewählten Vertretern der Bevölkerung, zerstören muß.

### Die eine reaktionäre Masse

#### Bürgerblut in Berlin — Bürgerblut in den Bezirken!

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet triumphierend: Der bürgerliche Zusammenschluß in den Bezirken macht weitere Fortschritte. In Verwaltungsbezirk Reinickendorf hat sich eine bürgerliche Fraktion gebildet, die aus sämtlichen bezirklichen Stadtverordneten mit Ausnahme des einen dort gewählten Demokraten besteht. In Köpenick haben sich die auf Grund der Los von Berlin-Liste gewählten bezirklichen Stadtverordneten zu einer bürgerlichen Fraktion zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Buchdruckereibesitzer Louis Stein (Köpenick) gewählt. Gleiche Bestrebungen sind in den Bezirken Treptow, Weichensee, Pantow und Spandau zu verfolgen.

Diese Bewegung ist zu begrüßen, denn sie erleichtert der Arbeiterschaft die Erkenntnis, wo ihre Gegner sitzen und wo ihre Interessen vertreten werden. Freilich muß die nötige Gegenwirkung auf der Seite der Arbeiterparteien auch eintreten; in solchen Bezirken steht zu viel auf dem Spiel, als daß man sich den Luxus gegenseitiger Bekämpfung leisten könnte!

## Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Firk

Copyright 1921 by Greifstein & Co. S. M. S., Leipzig.

(13. Fortsetzung)

Sie beharrte bei ihrer Meinung: „Gewiß doch! Wir müssen unsere Machtlosigkeit nicht übertreiben und dürfen uns nicht herabsehen. Die Suffragetten wollten das Wahlrecht und sie haben es schließlich erhalten, obgleich man sie anfangs ausgelacht hat. Ich habe oft an ihr Beispiel gedacht. Ich habe mich gefragt, ob das Leben unserer Männer und unserer Kinder nicht doch noch etwas wertvoller war als ein staatsbürgerliches Recht... Und was haben wir getan? Nichts. Ich finde, daß die Frauen der kriegsführenden Länder, in dem Zwang, sich mutig zu geben, feige waren. Ja, feige! Weil sie es sich gefallen ließen, daß man alles, was sie liebten, in den Tod trieb.“

Réal warf ein: „Aber, bestes Zulchen, wir wurden angegriffen und mußten uns verteidigen.“

„Wir wurden angegriffen, natürlich... Aber vom Dezember an, als der Abnutzungskrieg mit den schweißlichen Dissenwien begann, als so viele junge Menschen ihr Leben für nichts lassen mußten, hätten wir Frauen nicht in allen Ländern, nicht bloß bei uns, den Blutdurst bekämpfen müssen, statt ihn zu ermüden? Und doch hat keine von uns auch nur einen Finger gerührt, um diesen Schlächtereien ein Ziel zu setzen. Im Gegenteil! Wie hitzig verfolgten wir die Rüstungsflüchtigen! Keiner sollte verschont werden! Und jetzt schäme ich mich meiner Haltung; ich mache mir Vorwürfe, weil ich untätig und heuchlerisch war.“

Alle widersprachen. Sie fuhr langsam fort, ohne auch nur die Stimme zu heben:

„Zweifellos, heuchlerisch... Warum wollte ich meine Natur verleugnen? Ich habe immer Grauen vor Gewalttätigkeiten empfunden... Warum habe ich den Soldaten wild zugejubelt? Ach Gott! Warum haben nicht alle Frauen ihr Gewissen geprüft, solange es noch Zeit war? Wir haben doch solchen Einfluß auf die Männer. Wir hätten sie bestimmen können zu leben, anstatt daß wir sie in den Tod gehenkt haben. Der Krieg hätte dann höchstens ein paar Monate gedauert... Und ich hätte noch meinen Mann und mein Peterchen...“

Sie hatte diese Worte fast geflüstert. Ihre hellen Augen füllten sich mit Tränen. Réal ergriß ihre Hand:

„Liebste Zulie, was willst du? Wie hätten sich einzig die Frauen in dem allgemeinen Weltwahnsinn ihre Vernunft bewahren sollen?“

Sie erhob sich, um fortzugehen und wandte sich zu Frau Réal:

„Verzeih mir, Melanie, daß ich mich derart habe gehen lassen.“

„Aber, Liebe, dein Schmerz entschuldigt doch alles!“

Sie nahm rasch Abschied von den Besucherinnen und verließ den Salon.

Réal begleitete sie.

Nachdenklich kehrte er in sein Arbeitszimmer zurück.

Im ersten Augenblick hatten Zulies Ansichten etwas Verlebensdes. Nur der schmerzbebede Tone, die grausame Bitterkeit des Erlebnisses konnten sie erträglich machen.

Aber war nicht vieles zutreffend?

Die großen Veltereignisse sind von der Liebe abhängig. Die Frauen leiten die meisten Männer nach ihrem Gutdünken. Um verführt zu können, will man angesehen sein. Um Luxus spenden zu können, will man reich sein. Man arbeitet, man strengt sich an, man spinnt Ränke, man stiehlt, um zu erobern, um Günst zu erlangen.

Wer weiß? Statt die Kämpfer mit roten und schwarzen oder mit blau weiß roten Schleifen zu schmücken, statt sie mit Bändern zu bestücken wie das Vieh, das zur Schlachtkamp geführt wird, hätten die Frauen sie als Feiglinge anspießen sollen, die es nicht wagen, sich gegen die Verbrecher aufzulehnen, die sie gegeneinander hehen; hätte man so nicht gar manches Regiment zum Jögern gebracht? Mit dem Tod spielen und bei der Rückkehr ein Gesicht finden, das sich ablehrt, eine Hand, die einen zurückschützt, das wäre zu arg gewesen... Niemand ist in diesem Punkte gleichgültig. Man hätte doch wenigstens nachgedacht...“

Was haben die Frauen in Wirklichkeit getan? Sie liehen sich vom Duft des erhöhten Lederzeuges fiheln, von Uniformen und Orden heraufschauen. Die Weibchen gingen der Schau spielerlei der Männen auf den Leib. Man durfte in Frankreich nur im verschwiegensten Winkel weinen! Viele Frauen, und nicht die schlechtesten, gaben sich Urklaubern, Verbündeten hin...“

Und trotz alledem; wenn alle Frauen erklärt hätten: „Mit einem Totschläger will ich nichts zu tun haben!“ hätte der Krieg nicht so lange gedauert.

Und wenn die Frauen, die doch in den Zentralstaaten, in Nordamerika, in England, Italien, Skandinavien Waise lerinnen geworden sind, ihren politischen Einfluß ausnützten, indem sie erklärten: „Künftig keine Kriege mehr!“ gäben sie nicht der Welt ein herrliches Beispiel von Voraussicht und Würde? Die Männer, die Kämpfer wagen es nicht, aus Furcht, feige zu erscheinen. Aber die Frauen?

11.

Die Rehrseite des Vorbeers.

Voonne und Réal arbeiteten, als das Hausmädchen eine Besuchskarte brachte:

Bernhard Lournier

von der Versicherungsgesellschaft „Die Sicherheit“.

Lournier? ... Réal dachte einen Augenblick nach.

„Ich habe an der Front einen Major dieses Namens gekannt, einen tapferen Mann. Das wird er wohl sein. Bitte, lassen sie ihn eintreten.“

In der Tat, es war der Major.

Réal begrüßte ihn mit ausgestreckten Händen und solcher Wärme, daß man auf dem Gesicht des Besuchers eine leichte Verlegenheit sah, von dem berühmten Manne so freundlich aufgenommen zu werden.

Man sah Herrn Lournier ohne weiteres den alten Soldaten an: eckige Schultern, sandere, etwas abgetragene Kleidung, starker rotblonder Schnurrbart und natürlich die Fliege an der Unterlippe, diese Augenbrauen, dieses, gebürstetes Haar und im Gegenfall zu all dem Haargestrüpp porzellanblaue Augen, sehr milde, fast kindliche Augen.

„Grüß Gott, Herr Major! Was macht das alte Hundert nebenundachtzigste? Sie haben es verlassen?“

„Freilich, freilich.“

„Aber Sie pasten doch so gut zum Militärdienst?“

Der alte Offizier schüttelte den Kopf:

„Ja, früher wollte ich dabei bleiben. Ich wollte junge Menschen erziehen. Aber seit ich gesehen habe, für welchen Zweck man sie erzieht, habe ich die Freude an meinem Beruf verloren.“

„Und jetzt sind Sie Versicherungsagent?“

„Man lebt, so gut man kann. Ich bin zu Ihnen gekommen, um Sie zu fragen, ob Sie zufällig... Aber ich störe Sie.“

(Fortsetzung folgt.)

